des Vat. Nr. 67a XXIII. Jahrgang

Berliner Tageblatt

Berlin 7. Februar 1904

Parlaments-Ausgabe

Haus der Abgeordneten.

12. Sitzung vom 6. Februar, 11 Uhr.

(Schluß aus der Abendausgabe.)

Es folgt die Beratung des Kapitels Förderung der Viehzucht. Die Besprechung des Titels 231,000 Mark Dispositionsfond zu Prämien bei Pferderennen wird verbunden mit dem Titel der einmaligen und außerordentlichen Ausgaben 500,000 Mark extraordinäre Verstärkung des Dispositionsfonds zu Prämien bei Pferderennen.

Abg. **v. Arnim** (kons.)

berichtet über die Verhandlungen der Budgetkommission.

Abg. Dr. **Wiemer** (fr. Vp.):

Diese Position wirft die Frage wieder auf, ob wir die Prämien für Pferderennen bewilligen sollen. Durch diese Prämien soll den Rennvereinen ein Ersatz für den Ausfall der Totalisatorvereinnahmen gegeben werden. Der Appetit ist mit dem Essen gekommen. Jetzt werden in einer Etatsposition 731,000 Mark gefordert. Um dem Einwand zu begegnen, daß wir nichts von der Pferdezucht verständen, verweise ich darauf, daß ich Ostpreuße und Kavallerist sohn bin, und daß ich keineswegs auf dem Standpunkt Li Hung Tschangs stehe, der sagte: Das Pferde laufen können, weiß ich; daß eines schneller laufen kann als das andere, weiß ich auch; welches am schnellsten läuft, ist mir gleich. (Heiterkeit.) Für uns kommen volkswirtschaftliche und ethische Erwägungen in Frage. Es fragt sich, ob das Rennen ein Prüfstein für die Leistungsfähigkeit des Pferdes ist. Das wird von einer großen Zahl Sachverständiger verneint. Auch die Schlesische Zeitung hat vor kurzem geschrieben: Der Totalisator ist der Feind! (Hört, hört! links.) Man braucht garnicht Stammgast auf dem grünen Rasen zu sein, um einsehen zu können, daß das eine richtige Ansicht ist. Für einen Hengst sind im vergangenen Jahre 420,000 Mark ausgegeben, für einen anderen 280,000 Mark. (Hört, hört! links.) Hier muß man doch fragen, ob sich derartige Aufwendungen rechtfertigen, ob es nicht falsch ist, so einseitig Gewicht zu legen auf die Schnelligkeit. Rennprämien und Totalisator stehen in engem Zusammenhang. Dieselben Interessenten, die für die Rennprämien agitieren, arbeiten auch für den Totalisator. Sowohl das Reichsgericht wie das Oberverwaltungsgericht haben den Totalisator für eine besonders gefährliche Art der Verführung zum Glücksspiel erklärt. Der Minister hat früher erklärt, er gehe gegen die Tiere — er meinte die Wildschweine (Heiterkeit) — grundsätzlich vor; ich wünschte, er ginge auch so grundsätzlich gegen den Totalisator vor. Den Sonntag hat man doch eingeführt, weil er mehr Geld einbringt. Wir stimmen gegen diese Position, wollen aber die Pferdezucht selbst fördern, deshalb werden wir auch später für den Titel 2 des Abschnitts stimmen.

Landwirtschaftsminister **v. Podbielski:**

Die technischen Fragen wird der Landstallmeister beantworten. Ich habe gegen die Kritik des Vorredners nichts einzuwenden, meine vielmehr, daß sie unter verständigen Menschen wertvoll ist. Ich hoffe, daß auch der Vorredner sich noch überzeugen wird, daß es hier der Gegner ist, der die richtigen Fingerzeige gibt. Die Vollblutzucht gebrauchen wir zur Sicherstellung und Remontierung unserer Armee. Das Gros der Pferde können wir nicht prüfen, deshalb müssen wir die Spitzen prüfen. Das Vollblutpferd brauchen wir nicht um seiner selbst willen, sondern um ein gutes Halbblutpferd zu ziehen. In dieser Frage stehen auch die praktischen Amerikaner und die Australier ganz auf unserem Standpunkte. Die Republik Frankreich ist uns auf diesem Gebiete vorangegangen, ähnlich ist es in Oesterreich. Bei uns waren die Verhältnisse auch gute, es durch die hohe Totalisatorsteuer ein Krankheitsbild entstand. Ja traten erst die ungesunden Wettbureaus an die Stelle des Totalisators. Vor nicht ganz 10 Jahren hatten die Rennvereine noch 1 Million Mark Dividende, der Betrag ist bis auf 200- oder 300,000 Mark gefallen. Diese Rennvereine sind garkeine Erwerbsvereine, sondern jeder Groschen, den sie einnehmen, wird zu öffentlichen Zwecken verwandt. Der Abg. Dr. Wiemer sprach von den hohen Preisen; ich fürchte, wir müssen mit noch höheren Preisen in Zukunft rechnen. Eine Pferdezucht läßt sich nicht aus dem Aermel schütteln. Wenn die ostpreußische Pferdezucht vernichtet ist, dann kann man nicht mehr sagen: morgen züchten wir Pferde. Der Kavallerist braucht ein gutes Pferd, der Kavallerist aber ist das Auge des Feldherrn, der die Nachrichten bringt. Nur mit ihm kann der Feldherr die Schlacht gewinnen. Wofür? Für das Vaterland. (Beifall.)

Abg. **Schultze-Pelkum** (kons.):

Wir werden einstimmig für die Forderung stimmen. Die Rennvereine haben für Vollblutpferde ein Minus von 2 Millionen Mark gehabt, was will es da bedeuten, wenn wir hier 700,000 Mark aussetzen? Zur Frage des Totalisators kann ich mich nicht äußern, weil meine Partei dazu noch keine Stellung genommen hat. Ich wundere mich, daß der Abg. Wiemer nicht aus den Artikeln, die in der letzten Zeit veröffentlicht sind, zu dem entgegengesetzten Resultat gekommen ist. Denn tatsächlich hat die Vernichtung des Totalisators bewirkt, daß den Winkelbureaus Tür und Tor geöffnet ist; jede Destille, jeder Barbierladen ist jetzt eine Annahmestelle für Wetten. Ich verweise hier auch auf die Schrift des Herrn v. Manteuffel, der nachgewiesen hat, daß in einem Jahre 82,000 Mark für ausländische Pferderennen ausgegeben sind. (Beifall rechts.)

Abg. **v. Bieberstein** (kons.):

Ich bin entschieden für die Position. Man sollte meines Erachtens auch edle Araber einführen, um das schöne Trakehner Pferd wieder aufzufrischen. (Sehr richtig! rechts.) Wir haben jetzt ein schönes ostpreußisches Pferd, das verdanken wir dem Oberlandstallmeister Grafen Lehndorff und dem Landstallmeister v. Oettingen aus Trakehnen. Leider müssen wir jetzt aber unter den Produktionskosten die Pferde an die Remontekommission verkaufen. Die Preise der Remonten müßten zunächst einmal energisch erhöht werden. Warmblüter müssen wir haben, denn sie halten länger aus als die Kaltblüter. Die Zucht von Warmblütern liegt also im Interesse des Staates und der Armee. (Beifall rechts.)

Abg. **Brömel** (fr. Vg.):

Der Minister hat uns eine Reihe von Kriegsbildern vorgeführt, die jedes Preußenherz höher schlagen lassen; für uns handelt es sich hier aber nicht um eine Husarenattacke, sondern um eine Debatte über wichtige volkswirtschaftliche Fragen. Ob wir mit unserer Pferdezucht auf dem richtigen Wege sind, ist eine offene Frage. Wenn ich auch schwere Bedenken gegen die jetzige Art der Körung habe, so werde ich doch die Positionen zur Hebung der Pferdezucht bewilligen. Anders steht es aber mit den Rennprämien. Die tatsächlichen Anführungen des Abg. Dr. Wiemer hat der Minister viel zu leicht genommen. Auch in der „National-Ztg." sind die Rennen von sachmännischer Seite verworfen, es ist dort darauf hingewiesen, daß vielfach Pferde zurückgehalten werden. Ich freue mich, gehört zu haben, daß die konservative Partei in ihrer großen Mehrheit gegen den Totalisator ist. Die Winkelwettbureaus schließen sich gerade an den Totalisator an. Will man die Winkelwettbureaus ausrotten, so ist es das Zweckmäßigste, zunächst den Totalisator zu beseitigen. Also man komme mir nicht mit moralischer Entrüstung über die kleinen Wettbureaus. Kein Geringerer als Herr v. Kröcher hat früher erklärt, Sonntags, wo die Tagelöhner nicht einmal ihre Kartoffeln holen dürften, dürften auch keine Rennen stattfinden. Es ist gesagt worden, wie wir einen Ausgleich schaffen wollten. Ich erkläre offen, daß ich, wenn es gelänge, den Totalisator zu beseitigen, gerne bereit wäre, aus Staatsmitteln größere Summen zu bewilligen. (Bew.)

Abg. Graf **Kanitz** (kons.):

Ich verstehe nicht, weshalb die Herren von der Linken sich nur gegen das Spiel beim Totalisator wenden. Beim Börsengesetz hat sich das doch ganz anders, und Herr Abg. Dr. Wiemer ist doch auch Mitglied des Reichstages, Herr Abg. Brömel ja zu meinem Bedauern nicht mehr. (Heiterkeit.) Herr Dr. Wiemer klagte über den hohen Preis eines Pferdes. Ich kann Ihnen mitteilen, daß sonstwoh viel höhere Preise gezahlt worden sind. So ist zum Beispiel ein englischer Hengst für 1 Million Mark in den Besitz des Herrn Edmund Blanc in Frankreich übergegangen, und der Herr macht damit ausgezeichnete Geschäfte. Vor Jahren lagen die Dinge ganz anders, da hatte Deutschland Pferde übrig, da konnte noch ein Pferdeausfuhrverbot gegen Frankreich erlassen werden. Nach 1870 waren die Franzosen in ihrem Pferdebestande sehr schlecht gegenüber Deutschland, jetzt ist das Umgekehrte der Fall, Frankreich deckt jetzt seinen Bedarf in vollem Maße. Die französische Armee ist schon in Friedenszeiten viel stärker mit Pferden ausgestattet als Deutland. Ebenso ist unser Bedarf an Remonten nicht so groß wie der jenfreichs. Die Gründe dieses rapiden Aufschwunges sind einer Betrachtung wert. In Frankreich sind in erster Linie nationale Gesichtspunkte maßgebend; was die Landesverteidigung erfordert, das wird dort ohne weiteres bewilligt. Frankreich hat deshalb zunächst einen hohen Schutzzoll angesetzt in Höhe von 200 Francs, beziehungsweise 150 Francs im Minimaltarif. Bei uns aber haben wir einen Zoll von 20 Mark. Da ist so gut wie kein Zollschutz. Nun ist ja in neuen Zolltarif einen Wertzoll eingesetzt, aber was hilft der Zollsatz, wenn er nicht in Kraft gesetzt wird? (Sehr wahr! rechts.) Wer wir auch sehr erhebliche und erfreuliche Fortschritte in der Pferdezucht zu konstatieren haben, so dürfen wir die Hände doch nicht in den Schoß legen. Lehnen Sie die Forderung der Regierung deshalb nicht ab, sondern legen Sie lieber noch etwas hinzu! (Lebhafter Beifall rechts.)

Oberlandstallmeister Graf **Lehndorff** (schwer verständlich):

Die Schriften, auf die sich die Gegner dieser Position berufen, sind nicht mehr ganz neu, da muß man sagen: Tempora mutantur. Die Prüfung der Pferde ist benmängelt, es ist absolut richtig, daß nur die Schnelligkeit geprüft wede, sondern es wird auch die Ausdauer geprüft. Hindernisse wenn geschaffen in einer Distanz von 700 Metern. Das Vollblut ist die Hoffnung für die Zukunft. (Beifall.)

Abg. Dr. **Becker** (Ctr.):

Die Aeußerungen der Abgg. Brömel und Dr. Wiemer mögen physiophysisch ganz richtig und gut gemeint sein, praktisch sind sie aber nicht brauchbar. Solange es Pferdezucht gab, hat es auch Pferderennen und Wetten gegeben. Schon Diesphyxer, die Griechen und Römer hatten sie. Der Totalisator, der unter der Staatsaufsicht steht, ist jedenfalls besser als die privaten Wettbureaus. Ich habe das Wort erbeten, um die Regierung zu bitten, erstklassige Kaltblüter aus Belgien einzuführen zur Hebung der rheinischen Pferdezucht.

Ein Antrag auf Schluß der Besprechung wird angenommen.

Bei der Abstimmung wird der Titel Dispositionsfond zu Prämien bei Pferderennen 231,000 Mark gegen die Stimmen der freisinnigen Volkspartei bewilligt, der Titel der einmaligen außerordentlichen Ausgaben extraordinäre Verstärkung des Dispositionsfonds zu Prämien bei Pferderennen 500,000 Mark wird gegen die Stimmen der beiden freisinnigen Parteien bewilligt; der Titel Dispositionsfond zu Prämien für die Zucht von Hengsten und Stuten im Besitz von Vereinen und Privaten, zu Prämien für den Import von Vollblutzuchtpferden, zu Leistungsprüfungen für Halbblutpferde und zu anderen dahin gehörigen Zwecken 490,000 Mark wird einstimmig bewilligt.

Beim Titel Dispositionsfonds zur Förderung der Zucht anderer landwirtschaftlicher Tiergattungen und zur Förderung des Molkereiwesens 700,000 Mark sagt

Abg. **Lüders** (freis.):

Den Ausführungen des Abg. Goldschmidt gegenüber halte ich es für nötig, noch einmal darauf hinzuweisen, wie wertvoll es ist, daß wir unsere Futtermittel auf eigenem Grund und Boden gewinnen. Das ist nötig, um das alte deutsche Schwein weiter mästen zu können. Ich wundere mich, daß der Herr Oberbürgermeister von Emden — Glocke des Präsidenten.)

Präsident **v. Kröcher:**

Ich bitte das Wort Oberbürgermeister aber nicht zu oft zu gebrauchen. (Heiterkeit.)

Abg. **Lüders** (fortfahrend):

Ich wundere mich, daß der Abg. Fürbringer hier die Einfuhr von ausländischem Vieh empfiehlt. Die hannoverschen Landwirte denken darüber anders. Wie sehr die Schlächter das Fleisch verteuern, sehen wir am besten in Hildesheim, dort ist der Preis jetzt von 80 auf 70 Pfennig herabgesetzt, während es bei Hausschlachtungen auf 51 Pfennig kommt. Das hängt auch mit dem Schlachthauszwang zusammen.

Beim Kapitel „Förderung der Fischerei" führt

Abg. **v. Lucke** (kons.)

aus: Durch die jetzt beendete Elbregulierung ist der Schiffahrt ein großer Dienst erwiesen, die Fischerei aber schwer geschädigt worden. Da fast alle günstigen Laichplätze verloren gegangen sind, Ersatzen kann den Fischern nur durch Fischzuchtanstalten werden. Deren Errichtung halte ich für eine Pflicht des Staates. Insbesondere empfehle ich der Fürsorge des Herrn Ministers die bereits bestehende, aber finanziell bedrängte Fischzuchtanstalt in Arneburg. Es wäre sehr bedauerlich, wenn dieselbe infolge Mangels an Unterstützung binnen kurzem eingehen müßte.

Abg. Freiherr **v. Zedlitz** (zur Geschäftsordnung):

Ich möchte den Herrn Präsidenten darauf aufmerksam machen, daß wir vertagungsreif sind. Wir haben eine sechsstündige Sitzung hinter uns. Ich beantrage deshalb Vertagung.

Präsident **v. Kröcher:**

Ich meinte eigentlich, wir könnten noch weiter tagen. (Heiterkeit.) Ich schließe mich jetzt aber dem Antrag an.

Nächste Sitzung: Montag 11 Uhr. (Gesetzentwurf betreffend Richtergehälter, Gestütsetat.)

Schluß: kurz vor 5 Uhr.

Deutscher Reichstag

26. Sitzung vom 6. Februar, 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: v. Einem, Graf Posadowsky.

Präsident Graf **Ballestrem** eröffnet die Sitzung.

Auf der Tagesordnung steht als erster Punkt die dritte Beratung der Vorlage über die Verlängerung des Quinquennats.

Die Vorlage wird ohne Erörterung angenommen.

Die Beratung geht über zur Fortsetzung der Erörterung des Etats des Reichsamts des Innern, Gehalt des Staatssekretärs (sechster Tag der allgemeinen Besprechung).

Abg. Dr. **Rügenberg** (Ctr.)

bringt in langen Ausführungen das Verhältnis zwischen den Aerzten und Krankenkassen zur Sprache. Das Vertrauensverhältnis, das früher obgewaltet, sei verschwunden. Die Aerzte seien zu Arbeitern der Kassen herabgedrückt worden. Die Macht der Kassenvorstände sei übergroß. Diese behandeln Kurpfuscher und Aerzte gleichermaßen, brächten politische Momente in ihre Entscheidungen hinein und versuchten mit allen Mitteln, den Widerstand der Aerzte zu brechen, indem sie die bedenklichsten Elemente heranzögen. Der Staatssekretär habe sich bemüht, nachzuweisen, daß auch die Aerzte Arbeiter seien, denn sie verbrauchten ihre Geistes- und Körperkraft. Während der Arbeiter schlechthin seine Körperkraft aufarbeite. In gewissem Sinne seien ja schließlich alle Beamten Arbeiter mit Ausnahme der Mitglieder des Reichstages, die ihren Arbeiten dadurch aus dem Wege gingen, daß sie den Reichstag nicht besuchten. (Das Haus ist während der Ausführungen des Redners ganz verwaist; selbst die Bänke des Centrums sind äußerst schwach besetzt; im ganzen sind etwa 30 Abgeordnete im Saale.) In Köln hätten sich Streikbrecherärzte gefunden, die zum Teil zu der Hefe des Volkes gehören und kriminalistische Existenzen seien. 7 von den 20 Aerzten seien bereits mit Zuchthaus oder Gefängnis vorbestraft. Man dürfe den Aerzten das Ringen nach besseren Existenzverhältnissen nicht hindern. Die Unruhestifter seien nicht unter den Aerzten zu suchen, sondern sie säßen auf Seiten derer, die die Krankenkassen zum Tummelplatz der politischen Interessen machen wollen. Zum Schluß fragt Redner, wie es mit den Bestimmungen über das praktische Jahr für die jungen Mediziner und über die Gewährung von Dispensen, die auch von den Fakultäten befürwortet seien, stehe.

Abg. Dr. **Mugdan** (fr. Vp.)

kommt noch einmal auf die Zusammenlegung der drei Versicherungen zu einer gemeinsamen Organisation im Anschluß an die Invalidenversicherung zu sprechen und polemisiert gegen die früheren Ausführungen der Abgg. Lesche, Fräsdorf und Wurm, insbesondere über die freie Arztwahl. Der Abg. Fräsdorf habe behauptet, daß er gar kein so großer Gegner der freien Arztwahl sei, er habe aber vergessen, daß er sich monatelang bemüht habe, Unfrieden zwischen den Aerzten und den Kassen zu säen, und daß er erklärt habe, dieser Kongreß müsse die freie Arztwahl vernichten. Man werfe ihm vor, er habe sich ein sozialpolitisches Mäntelchen umgehängt. Das sei eine echt sozialdemokratische Kampfesweise, dem politischen Gegner alle möglichen Momente unterzuschieben. Aber einem Sozialdemokraten irgend welche Motive zuzuschreiben, das wird als das größte Verbrechen angesehen. (Zustimmung.) Mit der Sozialreform geht es zum Teil deswegen so schlecht vorwärts, weil man einen großen Teil der Arbeiterschaft mit der Sozialdemokratie identifiziert. Er mache den sozialpolitischen Wettlauf nicht mit; denn er gehöre noch zu den alten Leuten, die der Ueberzeugung seien, daß eine soziale Reform nur möglich sei im Einverständnis der Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Gesundheit des Körpers bestehe in der Gesundheit aller Organe; auch die Gesundheit des Volkskörpers verlange, daß man kein Organ besonders bevorzuge. In diesem Sinne behaupte er, daß es keinen größeren Störenfried einer jeden sozialen Reform gäbe als die Sozialdemokratie. (Sehr richtig! Stürmische Zurufe bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. **David** (soz.):

Die Behauptung des Herrn Vorredners, daß die Sozialdemokratie die Bestrebungen ihrer politischen Gegner nicht anerkenne, widerlegt die eine Tatsache, daß die Sozialdemokraten einen Kranz auf dem Grabe des verstorbenen Abgeordneten Möhrle haben niederlegen lassen. Ebenso falsch ist die Behauptung, daß man Sozialdemokrat sein müsse, um in die Krankenkassenverwaltung hineinzukommen. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Unbrauchbare Kassenbeamte würde man kaum finden. Diese kann ja die Aufsichtsbehörde entfernen. **Bebel** ruft: Sehr richtig!) Die Frage der freien Arztwahl ist keine sozialdemokratische Prinzipienfrage. In Charlottenburg, Mainz u. s. w. besteht ja freie Arztwahl. Die Sache liegt doch so, daß sich die Aerzte zusammengeschlossen haben, um ihre Einkommenverhältnisse zu verbessern. Die Krankenkassenvorstände sind aber die Verwalter fremden Eigentums, fremden Geldes, das sie zum Besten der Kranken verwalten müssen. Nun wende ich mich zu den Ausführungen des Abg. Freiherrn v. Heyl. Diese dürfen nicht unwidersprochen in den Akten des Reichstags ruhen. Abg. v. Heyl hat behauptet, der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Ullrich habe einen Antrag eingebracht, der eine Einkommensteuer in Höhe von 118 Prozent festsetze. Daran ist nur richtig, daß wir Sozialdemokraten im hessischen Landtage einen Antrag eingebracht haben, um die Ungerechtigkeit der neuen Steuergesetze zu beseitigen. Nun hat der Finanzminister Gnauth auf eigene Rechnung und Gefahr eine Berechnung angestellt und in der Kommission zum Besten gegeben. Abg. Ullrich hat sofort erwidert, man wolle damit den sozialdemokratischen Antrag nur lächerlich machen, und hat eine Gegenskala aufgestellt. Sie ergab, daß für die höchste Einkommenstufe 9,87 Prozent und für das größte Vermögen 10 Prozent zu zahlen seien. Der Höchstbesteuerte in Hessen mit einem Einkommen von 1½ Millionen Mark hätte also annähernd 20 Prozent Steuern zu zahlen gehabt. Wir sind der Meinung, daß das nicht zu hoch ist. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wir sind der Meinung, daß der betreffende Mann mit dem Reste, selbst wenn man noch einen Prozentsatz für die Kommunalabgaben abzieht, noch so leben kann, daß die Frage des Verhungerns für ihn nicht aktuell wird. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Der Vorwurf, daß wir gegen das Wuchergesetz gestimmt hätten, ist unbegründet. Wir haben im Jahre 1893 bei der entscheidenden Abstimmung mit Ja gestimmt. Ich bin neugierig, ob jetzt die „Wochenlegende" über die sozialdemokratische Partei überwunden ist. Man darf sie zerstückeln, zerreißen, töten: noch ein paar Wochen taucht sie auf einmal irgendwo auf. (Abg. Dr. **Südekum** ruft: „Sie ist eben wieder „gehehlt"!) Es ist von den Nationalliberalen überhaupt etwas komisch, wenn sie uns fortgesetzt Uneinigkeit vorwerfen. Man braucht doch nur einmal die Verhandlungen der letzten Tage durchzulesen. Bei den Kaufmannsgerichten sind in der nationalliberalen Partei drei verschiedene Meinungen zu Tage getreten. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Bei dem Fehnstundentage hat Herr v. Heyl auch bloß erklären können, daß er für einen Teil seiner Freunde spreche. Das Tempo der Sozialpolitik ist Herrn v. Heyl zu langsam, aber seinem Fraktionskollegen Dr. Beumer stehen die Haare zu Berge. Ihm geht's zu schnell bei der Automobilfahrt. (Erneute Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Wir sind nicht der Meinung, daß die Sozialreform ein Gift ist; wir halten sie vielmehr für ein Lebenselixir, das man in ganz gewaltigen Schlucken zu sich nehmen darf. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Herr v. Heyl hat ein Citat aus meiner Vorrede zu der Uebersetzung der Millerandschen Rede verlesen und gegen uns verwandt. Das Citat befindet sich aber weder dem Wortlaut noch dem Sinne nach an der angegebenen Stelle. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Das ist offenbar aus irgend einem tendenziösen Referat herausgerissen, indem einzelne Brocken in sinnfälschender Weise zusammengestellt sind. (Der Abg. v. Heyl sucht in der Mappe offenbar nach seinen Notizen.) Herr v. Heyl sollte seinem Sekretär verbieten, solchen Unfug zu treiben. (Stürmische Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Der Redner gibt aus den Reden Millerands, wie er sagt „zur Ehrenrettung Millerands" eine Anzahl Stellen wieder und fordert Freiherrn v. Heyl auf, diese Citate doch in seinen Volksversammlungen zu verwenden. (Heiterkeit.) Herr v. Heyl hat gesagt, wenn man eine Gewerkschaft gründen will, dann baut man zuerst das Gewerkschaftshaus. Die Gelder dazu läßt man sich von der Centralkasse aus Berlin schicken. Wie die Centralkasse zu den Geldern kommt, der Gedanke ist ihm nicht ge-